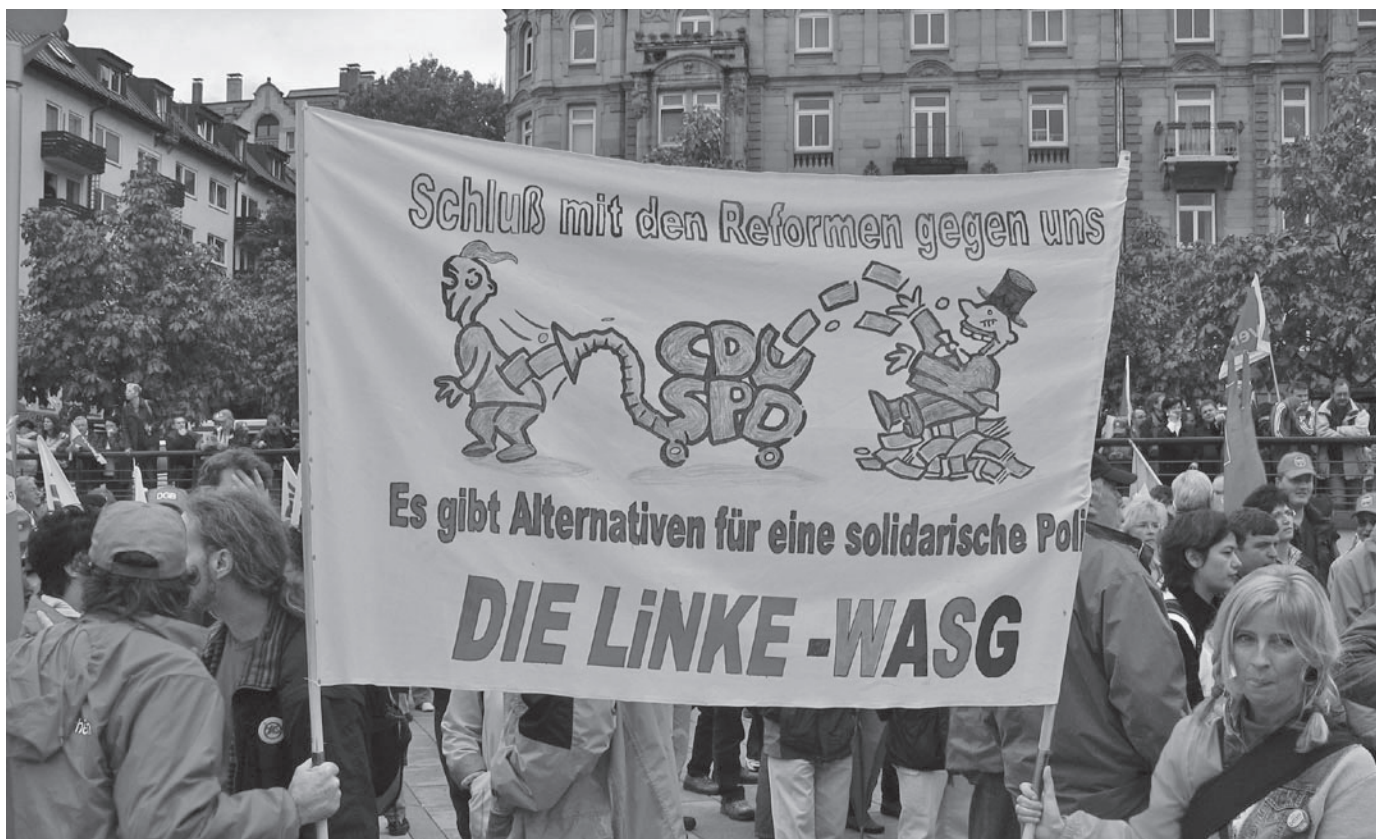


Landesinfo Baden-Württemberg

Beilage: Entwürfe für die Gründungs-
dokumente der neuen Linkspartei



Die Linke war sichtbar bei der Demonstration des DGB am 21. Oktober in Stuttgart

„Auf dem Weg zu einer neuen linken Partei“

Einladung zur Regionalkonferenz in Mannheim am 11. November

WASG und Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz führen am 11. November in Mannheim eine gemeinsame Beratung zu den Gründungsdokumenten der neuen Partei durch.

Samstag, 11. November, 10 Uhr bis 17.30 Uhr
Mannheim, DGB-Haus, Hans-Böckler-Straße 1-3

Gäste sind u.a. Janine Wissler und Klaus Ernst (beide WASG), Wolfgang Gehrcke und Claudia Gohde (beide Linkspartei).

Nach Eingangsreferaten und Diskussion im Plenum sind Arbeitsgruppen angeboten zu Programmatik, zu rechtlichen Grundlagen, Satzungs- und Finanzfragen.

Bildet Fahrgemeinschaften! Die Landesvorstände bitten nach Möglichkeit um Anmeldungen an die jeweiligen Landesgeschäftsstellen.

Neugründung der Linkspartei in Baden-Württemberg geht zügig voran – gemeinsame Steuerungsgruppe auf Landesebene gebildet

Die Neugründung der neuen Linkspartei geht in Baden-Württemberg zügig voran. Nachdem in den letzten Monaten verstärkt gemeinsame politische Projekte und Kampagnen in Angriff genommen wurden, wie z.B. die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro oder die Mobilisierung für die Großdemonstrationen am 21.10. sollen jetzt auch zügig die formalen und parteirechtlichen Voraussetzungen für die gemeinsame Partei geschaffen werden.

WASG und Linkspartei haben eine gemeinsame paritätisch besetzte Steuerungsgruppe gebildet, die kommendes Wochenende ihre Arbeit aufnehmen wird. Ziel ist die Erstellung einer gemeinsamen Landessatzung und die Verständigung über die Ausgestaltung der Landes- und Kreisvorstände herbeizuführen. Auch wollen sich beide Parteien aktiv an der Diskussion über ein gemeinsames Parteiprogramm beteiligen.

Die beiden Landessprecher von Linkspartei und WASG Bernhard Strasdeit und Bernd Riexinger sehen ihre Parteien in Baden-Württemberg auf einem guten Weg und bestens gerüstet für die letzte und entscheidende Phase im Prozess der Parteieubildung.

Strasdeit und Riexinger: „Wir begrüßen, dass die Entwürfe für die Grundsatzdokumente ab diese Woche in beiden Parteien diskutiert werden. Am 11. November findet dazu eine gemeinsame Beratung in Mannheim statt. Wir sehen eine einmalige historische Chance für die Herausbildung einer neuen Linkspartei. Diese Partei kann für viele Menschen ein Hoffnungsträger für eine soziale und solidarische Politik werden. Damit werden wir auch der durch die große Koalition beförderten Politikverdrossenheit entgegenwirken.“

Beide Parteien sehen die DGB-Demonstration am 21.10.06 in Stuttgart als gelungenen Auftakt für weitere Gegenwehr für die neoliberale Politik in Bund und Land. WASG und Linkspartei wollen ihre Kritik an der Politik der Bundes- und Landesregierung in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt in die Bevölkerung tragen und verdeutlichen, dass es dazu glaubwürdige und tragfähige Alternative gibt. „Die Mehrheit der Bevölkerung hat weder Verständnis für die geplante Verlängerung des Renteneintrittsalters, während junge Menschen keine Arbeit finden, noch für die Gesundheitsreform oder Mehrwertsteuererhöhung, so Riexinger/Strasdeit.

Ein weiteres wichtiges Thema, das WASG und Linkspartei besetzen wollen, ist die dramatische Situation auf dem Ausbildungsmarkt, auch in Baden-Würt-

temberg. Dass Hauptschüler fast keine Chance mehr haben, einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu bekommen, müsse alle Parteien alarmieren. Wer in dieser Situation auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft baut, hat aus der Vergangenheit nichts gelernt, so die beiden Parteien. Neben der Einführung einer Ausbildungsumlage („wer nicht ausbildet soll zahlen“) fordern WASG und Linkspartei ein Sofortprogramm zur Schaffung von 10000 Ausbildungsplätzen in Baden-Württemberg.

Einladung zur Diskussion am 11. November in Mannheim

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Genossinnen, liebe Genossen, mit dieser Sondernummer des Landesinfo erhaltet ihr die Entwürfe der Gründungsdokumente für die neue LINKE. Die Dokumente sollen als Diskussionsgrundlage an der Basis beider Parteien und erst dann, nach Überarbeitung, als Leitanträge an beide Bundesparteitage gerichtet werden.

Am 11.11. findet in Mannheim eine Regionalkonferenz für die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg von WASG und Linkspartei statt. Jedes einzelne Mitglied ist herzlich eingeladen, sich auch dort an der Diskussion über die programmatischen und statutarischen Grundlagen der neuen Partei zu beteiligen. Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen.

Der Tagungsort, die Stadt Mannheim hat als Industriearbeiterstadt eine lange linke und antifaschistische Tradition. Im 1938 erschienenen „Heimatsbuch der Stadt Mannheim“ beklagen die Autoren vom Hakenkreuzbannerverlag, wie schwer es der „nationalen Bewegung“ gefallen war, im „roten Mannheim“ Fuß zu fassen. Darauf sind wir stolz in Mannheim.

Auch heute machen es breite antifaschistische Bündnisse den Faschisten praktisch unmöglich, ihre Aufmärsche in Mannheim zu realisieren. Das war am 1. Mai 2001 so, als mehrere tausend Antifaschisten das Häuflein Nazis schon wenige hundert Meter vom Bahnhof entfernt blockierten und das war am 8. April und am 17.7. dieses Jahres so, als die Nazis gar nicht erst aufmarschierten. Der Stadtverwaltung Mannheim gebührt in diesem Zusammenhang Dank für ihre klare antifaschistische Haltung und die von ihr ausgesprochenen Verbote der Naziaufmärsche.

Die LINKE. bzw. die WASG hat sowohl bei der Bundestagswahl wie auch bei der Landtagswahl in Mannheim ihre besten Ergebnisse im Lande erzielt. Bis zu 13% gab es in einigen Stadtteilen. Auch darauf sind wir stolz in Mannheim.

Und die Linke hat eine fleißige Stadträtin: Gudrun Kuch.

Mannheim ist auch die Stadt mit den größten sozialen Problemen in Baden-Württemberg. Mannheim hat die höchste Arbeitslosenquote. Mannheim hat die größte Sozialhilfedichte.

Mannheim ist die Einkaufsstadt in der Region. Aus den umliegenden Städten, aus der Pfalz, aus Südhessen, von der Bergstraße und aus dem Odenwald kommen die Menschen zum Einkaufen nach Mannheim. Aber die Mannheimer Bevölkerung hat das niedrigste Durchschnittseinkommen im Rhein-Neckar-Gebiet. Die Stadt Mannheim ist die Stadt mit der schwächsten Kaufkraft in der „Metropolregion“. Jedes vierte Kind in Mannheim lebt unter der Armutsgrenze.

Unsere Stadt ist exemplarisch für die Folgen der neoliberalen Politik, eine Politik, durch die immer mehr Menschen immer weniger Einkommen haben, immer mehr Menschen erwerbslos werden, immer mehr Jugendliche ohne Zukunft sind, während gleichzeitig sich immer mehr Vermögen in den Händen weniger ansammelt.

Die Mehrheit im Land will nicht Rente erst ab 67. Unser Land braucht keine Gesundheitsverformung, durch die die Klassenmedizin weiter verschärft wird und die Kosten immer einseitiger der breiten Masse aufgebürdet werden. Unser Land braucht keine Steuergeschenke für die Unternehmen und Reichen.

Unser Land braucht keine 1-Euro-Jobs und Generalverdächtigungen der Ausgegrenzten.

Unser Land braucht ein zukunftsfähiges Bildungssystem. Unser Land braucht ein solidarisches Gesundheitssystem, das allen Menschen den Zugang zur optimalen Gesundheitsversorgung gewährleistet. Unser Land braucht existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und einen gesetzlichen Mindestlohn. Unser Land braucht ein gerechtes Steuersystem, in dem auch die, die viel haben ihren gerechten Anteil zum Gemeinwohl leisten. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Betreuung und Bildung, die ihnen Zukunft bietet. Unsere erwerbslosen Menschen brauchen eine Perspektive. mit einer menschenwürdigen Arbeit, durch die sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Unsere ArbeitnehmerInnen brauchen Sicherheit für ihren Arbeitsplatz. Wir alle brauchen eine starke LINKE. – Deshalb brauchen wir die neue LINKE Partei.

Nicht alles werden wir am 11.11. ausdiskutieren können. Und nicht alles werden wir vor der Neugründung ausdiskutieren können. Wir wollen keine stromlinienförmige Einheitspartei. Wir wollen eine starke LINKE, in der aber unterschiedliche Richtungen und Meinungen möglich sein müssen. So werden wir auch unterschiedliche Meinungen stehen lassen und tolerieren müssen. Nicht Jede(r) wird mit allem zufrieden sein. Manche Frage wird offen bleiben. Viele Diskussionen werden auch nach der Neugründung weiter gehen.

Wir haben Alternativen zur angeblich alternativlosen neoliberalen Politik!

Diese Alternativen müssen wir verdeutlichen und nach außen tragen.

Eine andere, eine bessere Politik ist möglich. Und mit dieser besseren Politik können wir den Menschen in unserem Lande neue Hoffnung geben, neue Perspektiven aufzeigen.

Für eine gerechtere Gesellschaft, für eine friedlichere Welt.

Dafür brauchen wir die neue LINKE Partei.

Und dafür lasst uns gemeinsam kämpfen.

Bernd Merling, Mannheim, Landesschatzmeister der WASG

Plädoyer für Soziale Stadt mit Kornelia Möller

Zum Ausgang der Oberbürgermeisterwahl in Tübingen erklären Bernd Rixinger, Landessprecher der WASG in Baden-Württemberg und Bernhard Strasdeit, Landessprecher der Linkspartei: Die von WASG, Tübinger Linke und Linkspartei nominierte Bundestagsabgeordnete Kornelia Möller erreichte 6 Prozent der Wählerstimmen. Das ist ein gutes Ergebnis.

Fünf Bewerber kämpften wochenlang um das Amt der OberbürgermeisterIn. Die örtliche Presse stilisierte diesen Kampf zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der amtierenden SPD-Oberbürgermeisterin Russ-Scherer und dem grünen Landtagsabgeordneten Boris Palmer. Überraschend kam der grüne Bewerber im ersten Wahlgang auf 50,4 %, während die Amtsinhaberin nur 30,2% der Wählerstimmen erreichte.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der linken Bundestagsfraktion hatte in ihrem achtwöchigen Wahlkampf dafür gesorgt, dass soziale Themen eingeführt worden sind: kommunale Arbeitsmarktpolitik, Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse, keine Tarifflicht, sozialer Wohnungsbau, Bildung für alle, Senkung von Kindergartengebühren. Dazu bemerkte Frau Möller am Wahlabend: „Wir haben das Thema „soziale Stadt“ erfolgreich gesetzt. Boris Palmer hat sich vor lau-

fenden Kameras dazu bekannt, „soziale Stadt“ in Tübingen umzusetzen. Auf diese Aussage können ihn die Tübinger Linke und die Bürgerinnen und Bürger die nächsten acht Jahre festnageln.“

Ob mehr soziale Gerechtigkeit in der Stadt mit CDU-UFW-Grün im Gemeinderat eher möglich sein wird als mit einer neoliberalen SPD-Oberbürgermeisterin, bleibt offen. Die Tübinger Linke wird ihren Einfluss weiter geltend machen.

Maßgeblich für die Wechselstimmung in der Stadt war die fehlende Bereitschaft der bisherigen Amtsinhaberin, kooperativ zu führen und direkte Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Das wurde besonders deutlich beim Millionengrab Technologiepark und dem Vorhaben der Amtsinhaberin, mit gefährlichen Viren verseuchte Schweine in Laborstallungen mitten in ein Wohngebiet zu setzen. Auch hier hat der frisch gewählte Oberbürgermeister Zusagen gemacht, an deren Einhaltung man ihn messen wird.

Die Orientierung der Linken auf kommunalpolitische Themen ist eine der zentralen Aufgaben bei der Herausbildung der neuen Partei. Möller betonte, das positive Feedback im Wahlkampf habe gezeigt, dass wir mit unseren Themen breitere Teile der Bevölkerung gewinnen können. Es sei darauf hingewiesen, dass WASG und Linkspartei in Baden-Württemberg ein Konzept entwickelt haben, um mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Auflösung der KSK – Abzug aus Afghanistan

Was muss eigentlich noch passieren, bis die deutschen Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden? Leichenschändungen von deutschen Gebirgsjägern am Hindukusch, der Fall Kurnaz und die wahrscheinliche Kooperation beim Foltern und Misshandeln von Gefangenen durch das Kommando Spezialkräfte sprechen eine deutliche Sprache. Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt.

Stattdessen wird immer deutlicher, dass deutsche Soldaten in aller Welt Hass auf sich ziehen. Deutschland versinkt mehr und mehr im Sumpf der Auslandseinsätze der Bundeswehr: im Kongo, wo die EU als parteiischer Akteur zugunsten des autokratischen Präsidenten Kabila wahrgenommen wird oder in Afghanistan, wo bei westlichen Angriffsaktionen der Tod von Zivilisten als „Kollateralschaden“ achselzuckend hingenommen wird. Fast 9000 Bundeswehrsoldaten sind schon im Auslandseinsatz, und geht es nach dem Willen der Bundesregierung, sollen es noch mehr

Ohne Moos nix los – Beitragszahlung in beiden Parteien ernst nehmen!

Die Landesschatzmeister von WASG und Linkspartei, Bernd Merling und Christoph Cornides, bitten alle diejenigen Mitglieder, die für das laufende Jahr 2006 ihre Beiträge nicht entrichtet haben, dies nachzuholen. Das Bankeinzugsverfahren in beiden Parteien erspart übrigens eine Menge Arbeit und Kosten. In beiden Landesparteien wird der Mitgliederstand per 31.12. 2006 nach zahlenden Mitgliedern festgestellt. In beiden Parteien gehört Beitragszahlung zu den statuarischen Mitgliederpflichten. In beiden Parteien gibt es für Mitglieder mit niedrigem Einkommen vertretbare Mindestbeitragsregelungen. In beiden Parteien gilt die Regelung, dass Mitglieder, die über einen längeren Zeitraum keinen Beitrag entrichtet haben, ihre Mitgliederrechte verlieren. In beiden Landesgeschäftsstellen gibt es aber auch Ansprechpartnerinnen für die Mitglieder, die sich aus sozialen Gründen gezwungen sahen, ihre Zahlungen befristet auszusetzen. An alle Mitglieder, die es sich leisten können, richtet sich die Bitte, im neuen Jahr eine Beitragsanpassung nach oben vorzunehmen. Schon 1 Euro mehr pro Mitglied und Monat wäre eine Hilfe bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Auch einmalige Spenden zum Jahresende sind selbstverständlich willkommen.

Konto der WASG Baden-Württemberg: Volksbank Rhein-Neckar, BLZ 670 900 00, Konto 2 066 300

Konto der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg: Postbank Stuttgart, BLZ 600 10070, Konto 289 582 700

werden. Das am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedete Weißbuch zeigt, dass für die Zukunft sogar noch Schlimmeres vermutet werden muss. Die „Enttabuisierung des Militärischen“ (Gerhard Schröder) ist inzwischen weit fortgeschritten: „Die Bundeswehr beschreitet seit Jahren konsequent den Weg des Wandels zu einer Armee im Einsatz“, heißt es in dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Dokument.

Bevor es noch schlimmer kommt, muss etwas passieren. Meine Vorschläge: Keine Umsetzung des vorgelegten Weißbuches, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Auflösung des KSK.

Tobias Pflüger, Europaabgeordneter der Linken am 27.10. im Schwäbisches Tagblatt

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ An alle Basisorganisationen der Linkspartei. PDS in BaWü

Einladung zur Landesarbeitskonferenz am Samstag, 16. Dezember, 10.15 bis 16 Uhr, DGB-Haus Stuttgart, Raum 245

Liebe Genossinnen und Genossen, um die Parteineubildung in Baden-Württemberg in den nächsten Monaten vorzubereiten und abzustimmen, laden wir die Vorstände bzw. Vertreterinnen der Kreisverbände, Basisorganisationen und Stützpunkte, unsere vier Parteitagsdelegierten und die beiden Parteiratmitglieder zu einer Beratung mit dem Landesvorstand am 16.12. ein. Das Treffen ist mitgliederöffentlich. Die Durchführung dieser Konferenz beschloss der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 27.10. Im Februar oder März nächsten Jahres wird zu diesem Komplex dann eine beschlussfassende Landes-MV einberufen. Voraussichtliche Tagesordnungspunkte für die Beratung am 16.12.:

1. Auswertung der Diskussion über programmatische Eckpunkte und neue Satzung.
2. Die rechtlichen und organisatorischen Schritte zur Bildung der Partei „Die Linke“ in BaWü
3. Die Bildung von Kreisverbänden der Partei „Die Linke“ in BaWü
4. Die Einberufung eines Landesparteitages „Die Linke“
5. Vereinbarungen dazu zwischen Linkspartei und WASG in BaWü

Für den Vorstand:

*Elke Lison,
Christoph Cornides,
Bernhard Strasdeit*

■ Kongress Informationsstelle Militarisierung

IMI-Kongress am 18./19. November in Tübingen. Thema: Staat im Krieg – Krieg im Staat. Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt. Tagungsort: Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Tübingen, Hirschgasse 9. 18. No-

vember: *Wie der Krieg in die Welt kommt?* Begrüßung 12 Uhr • 12.15–13.45 h: Tobias Pflüger: Demokratie und Kriegszustand • 14–15.30 h: Jürgen Wagner: Neoliberaler Kolonialismus: Der Westen auf dem Weg zu Besetzung der Welt • 16–17.30 h: Martin Hantke, Kriegsökonomie und ihre Profiteure: Die Beispiele Afghanistan und Kongo • 19–21 h: Gregor Schirmer: Macht macht (Völker)Recht: Die UNO als Erfüllungsgelhilfe westlicher Kriegspolitik • **Sonntag 19. November: Wie der Krieg nach Hause kommt.** 10–11 h: Christoph Marischka: ZivilistInnen im Fadenkreuz I: Militärische Migrationskontrolle • 11.15–12.15 h: Claudia Haydt: ZivilistInnen im Fadenkreuz II: Polizeisolaten: Die Militarisierung der Polizei. 12.30–14 h: Ulla Jelpke (MdB): ZivilistInnen im Fadenkreuz III: Bundeswehr im Inneren. • Abschlussdiskussion bis ca. 15 h
Weitere Informationen zum Kongress: IMI-Büro, 07071-49154. www.imi-online.de

■ Landesarbeitskreis Ökologie- und Ressourcenpolitik

von WASG und Linkspartei. Das **nächste Treffen findet statt am Dienstag, den 14. November 2006** um 19 Uhr. Ort: Landesbüro Linkspartei/WASG, Marienstrasse 3A, 70178 Stuttgart. Thema: Entwurf der Programmatischen Eckpunkte. *Anne Rahlfs*

■ Sarah Wagenknecht zur Dienstleistungsrichtlinie

Veranstaltung von WASG und Linkspartei Stuttgart

mit der Europaabgeordneten Sarah Wagenknecht zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, 2. Akt. **Montag, 13.11.** 19.30 h, Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20

■ Nikolaustag mit Klaus Ernst und Gregor Gysi

Am **6.12.** planen die Kreisverbände von WASG und Linkspartei. **in Stuttgart** eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema: „der rote Nikolaus zeigt der Großen Koalition die Rute“. Nachmittags ab 14 Uhr sind Workshops vorgesehen zu kommunalen, landes- und bundespolitischen Aspekten. Um 20 Uhr findet eine Abendveranstaltung statt. Bislang haben zugesagt: Ulrike Küstler (Stadträtin in Stuttgart) sowie die Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Gregor Gysi, Klaus Ernst, Ulrich Mauer. Ablauf und Ort werden noch bekannt gegeben.

■ Gregor Gysi in Freiburg

Am Dienstag 7.12. hält der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi einen Vortrag zum Thema „Die Neue Linke“. Dienstag, 7. Dezember ab 16 Uhr. Ort: Universität Freiburg, HS 1010, Kollegiengebäude I. Veranstalter: Die Linke. Hochschulgruppe Freiburg.

■ [solid] – Linke Jugend – Landesjugendtreffen

16.–17. Dezember in Stuttgart, Samstag gegen 11.30 Uhr ist eine Aktion in der Stuttgarter Innenstadt vorgesehen. Samstag ab 15 findet das [solid] – Landestreffen

statt. Ort: voraussichtlich Linkspartei Kreisgeschäftsstelle Stuttgart, Senefelderstr. 26. Themen: – Parteibildung und Jugendverband im Südwesten – Jahresaktionsplan und Finanzplan 2007 – Die Linke an den Hochschule (Konzeption und Aktionsplan 2007) – G8-Mobilisierung im Südwesten – Neuwahlen des Vorstand – Vorbereitungen zum [solid] Bundeskongress. Samstagabend erkunden wir gemeinsam das Stuttgarter Nachtleben. Bitte Isomatte und Schlafsack mitbringen. Weitere Infos in der [solid] Landesgeschäftsstelle unter Tel: 0721-35489341 und Mail: info@solid-bw.de

■ Heike Hänsel (MdB) lädt ein zur Büroeröffnung

Wir sind umgezogen und eröffnen unser neues Wahlkreisbüro im Linken Forum gemeinsam mit der Tübinger Linken Gemeinderatsfraktion! **Sonntag, 12. November 2006, 12 Uhr, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen.** Es gibt zu Essen und zu Trinken und ein interessantes politisch, kulturelles Programm... Mit: Konstantin Wecker, Sevim Dagdelen, MdB (migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion), Corinna Gentschel (Kontaktstelle soziale Bewegungen der Linksfraktion), Cida Nowotny (brasilianische Sängerin, Nikos Kalantidis (Bouzouki) sowie einigen Überraschungsgästen... Wir freuen uns auf Euer Kommen, Heike Hänsel, MdB, Traudel Horn-Metzger, Frederico Elwing. P.S. Bitte um Rückmeldung zwecks Planung unter: email: frederico.elwing@heike-haensel.de, Tel. 0179-6712980

■ Kolumbien: Krieg gegen soziale Bewegungen

Veranstaltung am **Montag, 27. November, 20 Uhr, Schlatterhaus, Österbergstraße 2 in Tübingen,** mit Raul Zelik, Autor, der u.a. die Coca-Cola-Kampagne vorstellen wird, und Heike Hänsel, MdB.

Im Landesbüro und in den Abgeordnetenbüros sind folgende Materialien abrufbar.

Herausgeber
WASG
Linkspartei
Beide Parteien

GUE/NGL (Vereinte Europ. Linke)
DIE LINKE. Bundestagsfraktion

Ver.di

Anmerkungen: Flyer und Zeitungen für mehrere Kampagnen vorrätig, Schulungshefte einzeln

Name / Format

Neue Linke / Zeitung
Betrieb & Gewerkschaft / Zeitung
Gründungsdokumente (hier beiliegend)
G8-Gipfel der Ungerechtigkeit / Flyer
Bolkesteins Marktliberalisierung / Flugblatt
KLAR Nr. 1 (Enteignung des Volkes) / Zeitung
KLAR Nr. 2 (Gesundheitsreform) / Zeitung
Mindestlohn / Zeitung
Mindestlohn / Flyer, 8 Euro Plus
Mehrwertsteuererhöhung / Flyer
Kein Auskommen mit dem Einkommen – Mindestlohn / Schulungsheft
Arm trotz Arbeit – Mindestlohn / Schulungsheft